



## Unbedingt zivil

*„Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir die Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen oder -tradition zu machen. Vor allem aber dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Gedanken und Bemühungen von konstruktiver Arbeit abgehalten und für die Vorbereitung eines neuen Krieges missbraucht werden.“* Albert Einstein

- An Krieg wird nach wie vor mächtig verdient. Der Celler Dialog, ein Schulterschluss aus privater Wirtschaft, Militär und Politik, beschloss im Jahre 2008 seine Programmatik in einem gemeinsamen Appell und fordert:
  - „eine intensivere sicherheitspolitische Debatte in Deutschland, um (...) das Verständnis für die Auslandseinsätze der Bundeswehr verbreiten zu können“.
  - „aktiv daraufhin zu wirken, dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an unseren Hochschulen, gestärkt wird“.
- Die Bundesrepublik Deutschland hat ihre Rüstungsexporte in den letzten fünf Jahren verdoppelt – besonders durch Panzer- und U-Boot-Bau. Sie ist weltweit der drittstärkste Rüstungsexporteur.
- Nach Auskunft des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI werden jedes Jahr in Deutschland zwischen 5 und 7 Milliarden Euro öffentliche Mittel für die Rüstungsforschung an öffentlich geförderte Institute ausgegeben.

Angesichts dessen gelten:

- Abrüstung,
  - die Konversion von Kriegsproduktion in Friedensproduktion,
  - die Realisierung der Eckpfeiler des Grundgesetzes, also der Würde des Menschen, einer am Allgemeinwohl orientierten wirtschaftlichen Tätigkeit und des Friedens,
  - eine wissenschaftliche Tätigkeit, die eine zivile Gesellschaftsentwicklung, Völkerverständigung sowie die Verbesserung der sozialen Lebensgrundlagen der Bevölkerung zum Gegenstand hat,
- als unrealistisch.

*„Erwarte*

*Keine andere Antwort als die deine!“*

Bertolt Brecht, „An den Schwankenden“, um 1935.

---

Dokumentiert: Antrag BM 3 aus dem OV Ehrenfeld:

### **Keine Zusammenarbeit von Hochschulen mit Rüstungsunternehmen und Militär.**

*Der Parteitag möge beschließen:*

Die SPD setzt sich für die Verankerung einer Zivilklausel in den Landes- und im Bundeshochschulgesetz sowie für eine Offenlegung sämtlicher drittmittelgeförderter Forschungsprojekte an Hochschulen ein.

*Begründung siehe Rückseite →*

*Begründung:*

In den letzten Jahren nahm die Militarisierung der deutschen Außenpolitik deutlich erkennbar zu. Davon zeugen die zahlreichen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Parallel dazu wurden die deutschen Rüstungsexporte forciert, sodass Deutschland weltweit der drittgrößte Waffenexporteur ist. Diese Entwicklungen treffen auf die politisch vorangetriebene öffentliche Unterfinanzierung der Hochschulen sowie die finanzielle Abhängigkeit der Wissenschaft von Drittmitteln, was wesentliche Hebel dafür sind, die wissenschaftlich Tätigen dazu zu drängen, die Ermordung von Menschen und die brutalste Zerstörung von Lebensgrundlagen zu unterstützen. Rüstungsforschung und wehrtechnische Forschung dienen der Kriegsproduktion, der Kriegsvorbereitung und der Kriegsführung. Diese Entwicklung verneint die Möglichkeit und den Auftrag der Wissenschaft, zu einer friedlichen, humanen Entwicklung der Lebensverhältnisse beizutragen.

Die Geschichte der deutschen Hochschulen verpflichtet: Sie stellten sich zum allergrößten Teil bereitwillig in den Dienst des Nationalsozialismus und untermauerten auf angeblich wissenschaftlicher Ebene deren menschenfeindliche Ideologie. Eine unabhängige Wissenschaft und die Orientierung an den allgemeinen und zivilen Interessen einer friedlichen Gesellschaft sind der Geschichte entgegen zu setzen. Das Recht auf eine Wissenschaft frei von Partikularinteressen, das uns von einem Grundgesetz mit klarer friedlicher Ausrichtung garantiert wird, sowie die verbindliche Orientierung der Bildung auf eine friedliche internationale Entwicklung durch den UN-Sozialpakt sind daher positive Schlussfolgerungen aus der Niederringung des Faschismus. Ihre volle Verwirklichung muss noch erkämpft werden.

Das Engagement der Studierenden und der Gewerkschaften am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) und an der Universität Köln für eine Verankerung einer Friedensbindung – wonach Forschung und Lehre sich ausschließlich für zivile und friedliche Zwecke zu betätigen hat (Zivilklausel) – ist eine perspektivbildende Ermunterung. Die Verankerung von Zivilklauseln sind mehr als eine Maßnahme, sie sind lebendige Praxis: das Engagement für Zivilklauseln steht dafür, dass gegen die Macht der Gewalt und der finanziellen Erpressung die Macht des Arguments und einer kritischen und kooperativen Lebensweise für unbedingte Zivilität entwickelt werden kann und muss.